

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Bundesgesetz über die Anerkennung privater Vereinbarungen zur
Vermeidung der Doppelbesteuerung**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Dürrenmatt, Nico
Schär, Suzanne

Bevorzugte Zitierweise

Dürrenmatt, Nico; Schär, Suzanne 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bundesgesetz über die Anerkennung privater Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, 2010 – 2012*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 03.06.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Wirtschaft	1
Geld, Währung und Kredit	1
Banken	1

Abkürzungsverzeichnis

EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung
WAK-NR	Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats

DFF	Département fédéral des finances
CDI	Convention de double imposition
OCDE	Organisation de coopération et de développement économiques
AFC	Administration fédérale des contributions
CER-CN	Commission de l'économie et des redevances du Conseil national

Allgemeine Chronik

Wirtschaft

Geld, Währung und Kredit

Banken

BUNDESRATSGESCHÄFT
DATUM: 01.10.2010
SUZANNE SCHÄR

Zu Beginn des Berichtsjahrs beauftragte der Bundesrat das EFD mit der **Ausarbeitung eines Amtshilfegesetzes**, das die DBA nach OECD-Standard verfahrensrechtlich verankert. Um die neue Form der Amtshilfe bis zum Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes zu gewährleisten, verabschiedete der Bundesrat Anfang September eine Amtshilfeverordnung. Zu diesem Zweck wurde in der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) eine neue Dienststelle «Amtshilfe- und Rechtshilfefollzug» geschaffen. Die Schweiz unterhält auch Wirtschaftsbeziehungen zu Gebietskörperschaften, die sie völkerrechtlich nicht anerkennt. In jenen Fällen ist ihr der Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen in der Form eines Staatsvertrags nicht möglich. Um künftig aber auch hier **Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung** abschliessen zu können, richtete der Bundesrat im August 2010 eine Botschaft zum Bundesgesetz über die Anerkennung privater Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen an das Parlament. Über eine solche Regelung soll sichergestellt werden, dass die Schweiz beispielsweise auch mit dem chinesischen Taipei ein DBA eingehen kann.¹

MOTION
DATUM: 29.05.2012
NICO DÜRRENMATT

Im Zuge der Verabschiedung des Steueramtshilfegesetzes wurden verschiedene parlamentarische Vorstösse erfüllt oder aufgrund ihrer Hinfälligkeit vom Zweitrat abgelehnt. Eine Motion der WAK-NR, die im Erstrat bereits 2010 angenommen worden war und die **Ausarbeitung eines Amtshilfegesetzes** verlangt hatte, wurde von der kleinen Kammer ebenfalls abgewiesen.²

1) AB NR, 2010, S. 885 ff.; AB NR, 2010, S. 915 ; BBl, 2010, S. 5549 ff.; Medienmitteilung EFD vom 01.10.2010 ; NZZ 21.1.10; BZ, 4.2.10; Presse vom 4.8.10.

2) AB NR, 2010, S. 915; AB SR 2012, S. 300